

NACHRICHTEN

Baldauf: Nur Englisch an Hauptschulen lehren

Saarbrücken. Der FDP-Abgeordnete Manfred Baldauf hat sich dafür ausgesprochen, im Hauptschulzweig der Erweiterten Realschule ausschließlich Englisch als Fremdsprache zu unterrichten. Baldauf sagte, Hauptschüler könnten oft keine zwei Sprachen lernen. Wenn aber nur eine Sprache gelehrt werden könne, müsse man sich für Englisch entscheiden, da diese Sprache Jugendlichen im Berufsleben deutlich mehr helfe. *nof*

Diskussionsrunde über aktuelle Frauenpolitik

Saarbrücken. Anlässlich des 150. Geburtstages der Frauenrechtlerin Clara Zetkin lädt die Peter Imandt Gesellschaft heute zu einer Diskussionsrunde über die aktuelle Frauenpolitik ein. Erörtert wird auch, wie diese mit Zetkins Forderungen nach mehr Emanzipation für Frauen in Einklang zu bringen ist. Beginn ist um 19.30 Uhr im Weinbistro „Archipenko“. *red*

Info-Bus wirbt für Idee der Volksabstimmung

Saarbrücken. Der „Omnibus für direkte Demokratie“ fährt wieder durch Deutschland, um die Idee der Volksabstimmung zu verbreiten. Am Mittwoch, 24. Oktober, macht er von zehn bis 18 Uhr in der Saarbrücker Bahnhofstraße, Ecke Reichstraße Station. Außerdem hält der Bus am Samstag, 27. Oktober, von neun bis 13 Uhr bei der Zukunftswerkstatt Direkte Demokratie in der Waldorfschule Saarbrücken. *red*

Dialog über Freiheit und Bürgerrechte

Saarbrücken. Die aktuelle Diskussion um neue Gesetze zum Schutz der inneren Sicherheit nimmt das Evangelische Forum Saar zum Anlass für eine Podiumsdiskussion. Morgen ab 19.30 Uhr geht es in der Saarbrücker Villa Lessing, Lessingstraße 10, um das Thema „Sicherheit statt Freiheit? Über Bürgerrechte in Zeiten der Terrorbekämpfung.“ *red*

Wanderführer von der Pfalz bis ins Elsass

Blieskastel. „Wandern von der Weinstraße an den Westrich – Der Kultur-Wanderführer“ heißt ein neuer Band des Blieskasteler Journalisten und Fotografen Michael H. Schmitt. Der Wanderführer, der im Europäischen Kulturpark Bliesbruck-Reinheim vorgestellt wurde, beschreibt 30 Wanderwegen von der Südlichen Weinstraße durch den Pfälzerwald und das Elsass in den Westrich. Erschienen ist der Band im pfälzischen Höma Verlag. *zal*

Zweirad-Museum verlässt Wadgasser Cristallerie

Wadgassen. Das Saarländische Zweiradmuseum mit 230 Fahrzeugen im Privatbesitz sondiert, ob es künftig auf dem Gelände der Alten Völklinger Hütte unterkommen kann. Zum Winter werde es in einem Kino in Völklingen zwischenlagert, sagte gestern der Vorsitzende Herbert Neis. Das bisherige Museum in Wadgassen muss einem Outlet-Center weichen, das auf dem Gelände der historischen Cristallerie entstehen soll. *om*

Produktion dieser Seite:
Stefanie Marsch
Guido Peters

Strafanzeige gegen Faber-Wegener

Blieskasteler Bürgermeisterin nach Grundstücksaffäre von allen Seiten in der Kritik

Von anonymer Seite ist gegen Blieskastels Bürgermeisterin Annelie Faber-Wegener (CDU) Strafanzeige wegen Untreue und Betrugs gestellt worden. Faber-Wegener sagte, sie wüsste nichts von der Anzeige.

Von SZ-Redakteurin
Christiane de Zalewski

Blieskastel. Nach dem Biergarten-Streit dieses Sommers, den Bürgermeisterin Annelie Faber-Wegener (47, Foto: SZ) entfachte, als sie gegen den Willen der Markthändler einen Teil des Blieskasteler Paradeplatzes als Biergarten einrichten ließ, gibt es erneut Schlagzeilen. Wie gestern bekannt wurde, ist gegen Faber-Wegener anonyme Strafanzeige wegen Untreue und Betrugs gestellt worden. Staatsanwalt Raimund Weyand wollte sich jedoch nicht dazu äußern, auf was sich die Vorwürfe beziehen.

Annelie Faber-Wegener zeigte sich gestern unserer Zeitung

gegenüber völlig überrascht. Sie wisse nichts von einer solchen Anzeige, könne daher dazu auch nichts sagen.

Möglicherweise bezieht sich die Anzeige auf einen Vorgang jüngerer Datums. Die Bürgermeisterin hatte eine städtische Fläche von 60 Quadratmetern, die an ihr Hausgrundstück in Altheim grenzt, für 300 Euro von der Stadt gekauft, ohne den Stadtrat zu hören (wir berichteten). Diesen Vorgang legte die SPD der Kommunalaufsicht vor. Landrat Clemens Lindemann bestätigte, der Kaufvertrag sei ungültig, da ungültig, da vorge-schrieben, der Stadtrat befragt wurde. Die SPD mutmaßt außerdem, dass der Grundstückspreis mit fünf Euro pro Quadrat-



A. Faber-Wegener

meter weit unter Wert liege. Mit dieser Frage wird sich der Gutachterausschuss des Saarpfalz-Kreises noch befassen müssen. Indessen mischte sich auch Altbürgermeister Werner Moschel (SPD) ein: Das Grundstück sei unverkäuflich, da öffentliche Verkehrsfläche.

„Ich habe mir nichts vorzuwerfen“, verteidigte Annelie Faber-Wegener gestern unserer Zeitung gegenüber ihre Handlungsweise. Sie habe dieses Grundstück seit bereits 20 Jahren gepachtet und mit Mauer und Bepflanzung angelegt. Mit dieser Fläche könne ohnehin niemand anderes etwas anfangen. Der niedrige Grundstückspreis sei bei solchen Flächen üblich. Ein Versäumnis sei es allerdings gewesen, nicht den Stadtrat rechtzeitig zu hören. Der soll nun am kommenden Donnerstag im nichtöffentlichen Teil nachträglich sein Placet geben.

Die Amtszeit von Annelie Faber-Wegener ist überschattet

von Streitigkeiten und Prozessen. „Pannen, Pleiten, Panama“ war ein Flugblatt überschrieben, das die Blieskasteler SPD im März verteilte. Darauf war aufgezählt, was sich die Bürgermeisterin seit ihrem Amtsantritt am 5. September 2005 schon alles zu Schulden habe kommen lassen. Von der sogenannten Panama-Affäre um angeblichen Steuerbetrug (das Verfahren wurde später eingestellt) und der vom Verwaltungsgericht gestoppten Einstellung des Finanzbeamten Frank Roppenecker als Hauptamtsleiter war da unter anderem die Rede.

Wie lange Annelie Faber-Wegener noch Bürgermeisterin sein wird, ist unklar. Denn im Dezember 2006 hatte das Verwaltungsgericht entschieden, dass die Bürgermeisterwahl von 2005 wegen Verstoßes gegen das Meldegesetz ungültig sei. Dagegen hat Faber-Wegener Berufung eingelegt, über die noch nicht entschieden ist.

Liberale werfen CDU Annäherung an SPD in Wirtschaftspolitik vor

Homburg. Die FDP lehnt die Erhebung eines so genannten Wasser-Cents nachdrücklich ab. Auf einem kleinen Parteitag in Homburg stimmten die Liberalen gestern Abend einem



Georg Weisweiler

Antrag zu, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, ihren Gesetzentwurf zurückzuziehen und von der Erhebung einer Abgabe auf das Fördern von Grundwasser abzusehen. Mit einem solchen Abgabe würde ein negatives Signal gesetzt werden, welches ansiedlungswillige Betriebe abschrecken könne, heißt es in der Entschlüsselung.

Der Oberbürgermeister-Kandidat der Liberalen in Homburg, Georg Weisweiler (Foto: Becker & Bredel), hielt der CDU vor, nach der Bundestagswahl 2005 ihre wirtschafts- und ordnungspolitische Kompetenz verloren zu haben. Die Union, der Weisweiler bis vor kurzem selbst angehörte, habe sich „auf einen strammen Kurs der Resozialdemokratisierung begeben“. Damit stehe nur noch die FDP für notwendige Reformen ein, betonte er. *nof*

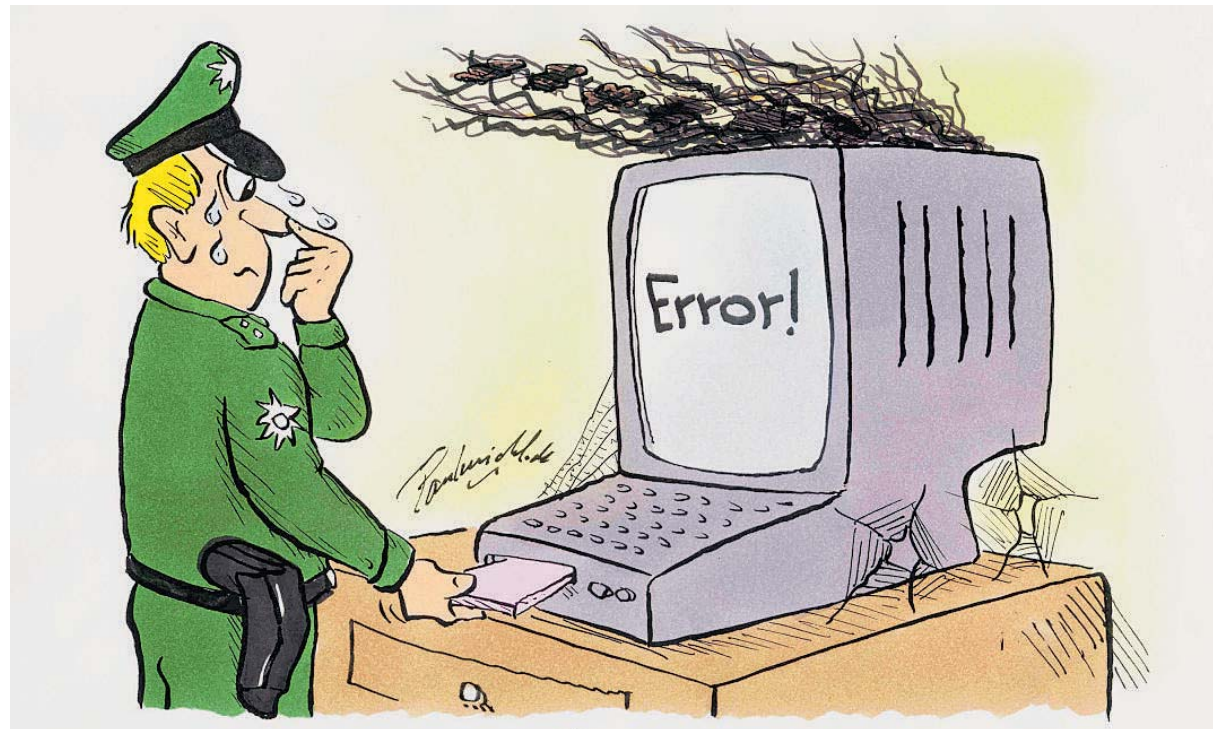
Computer-Chaos: Saar-Polizei fordert von Meiser Spezialisten

Saarbrücken. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Saarland appelliert an Innenminister Klaus Meiser (CDU), 30 bis 35 Computer-Fachleute einzustellen. GdP-Landeschef Hugo Müller sagte in einem Gespräch mit der Saarbrücker Zeitung, die saarländische Landesregierung sollte sich ein Beispiel an Rheinland-Pfalz nehmen. Das benachbarte Bundesland beschäftige für die Computer-Betreuung bei der Polizei Spezialisten mit einer besonderen Ausbildung. Dabei handle es sich um Tarifbeschäftigte, die keine im engeren Sinne polizeilichen Aufgaben wahrnehmen.

„Es wäre fatal angesichts der sehr angespannten Personallage, die wir im Saarland ohnehin schon haben, wenn wir für die

technische Computer-Betreuung weiterhin ausgebildete Polizisten einsetzen würden, die anderswo dringend benötigt werden“, warnte der GdP-Landeschef.

Müller berichtete, dass es bei der Saar-Polizei im Zuge der Umstellung auf eine neue Computer-Software in den vergangenen Monaten zu massiven Hardware-Problemen gekommen sei. Noch immer müsse die Polizei überwiegend mit Computern arbeiten, die nicht die für die neue Software benötigten Systemvoraussetzungen hätten. So hätten die alten PCs nicht die erforderlichen Arbeitsspeicher-Kapazitäten, um mit der Software arbeiten zu können. Der Austausch der alten PCs durch neue komme nur sehr schleppend voran. *nof*



Abgestürzt: Überforderte Computer und ratlose Polizisten.

Karikatur: Paulmichl

Auch Saar-Grüne für längeren Bezug von Arbeitslosengeld I

Saarbrücken. Alle Fraktionen im Landtag außer der FDP sind dafür, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für Ältere zu verlängern. Nach SPD und CDU erhob gestern auch Grünen-Chef Hubert Ulrich eine entsprechende Forderung. Ulrich betonte, er vertrete hier eine andere Position als die Bundespartei, die weniger beim Arbeitslosengeld I als beim Arbeitslosengeld II Nachbesserungsbedarf sieht. Aus seiner Sicht seien bei beiden Leistungen Korrekturen erforderlich, so Ulrich. Beim Arbeitslosengeld I müsse man die Bezugsdauer an die Zahl der Beitragsjahre koppeln. Und bei Hartz IV seien eine Anpassung der Regelsätze sowie eine großzügigere Regelung beim anrechenbaren Vermögen und der Höhe der Altersversorgung, die den Betroffenen belassen

wird, notwendig. Ähnlich äußerte sich SPD-Fraktionsvize Cornelia Hoffmann-Bethscheider, die davor warnte, Verbesserungen für ältere Arbeitslose durch Kürzungen bei jüngeren zu finanzieren, wie dies die Bundes-CDU vorschlägt. CDU-Fraktionschef Jürgen Schreier will wie Ulrich die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I von der Anzahl der Beitragsjahre abhängig machen. Er betonte: „Wer länger gearbeitet hat, soll auch länger Arbeitslosengeld I bekommen.“ Es gelte der Grundsatz, dass sich Leistung lohnen müsse.

Einzig der FDP-Politiker Manfred Baldauf kann diesen Vorschlägen wenig abgewinnen. Er kritisierte, dass sich die Christdemokraten immer mehr zu einer zweiten „sozialdemokratischen“ Partei entwickelten. *nof*

CDU lehnt Forderung der Hauptschullehrer ab

Saarbrücken. CDU-Fraktionschef Jürgen Schreier hat die Forderung der Interessengemeinschaft der Hauptschullehrer (IG HL) nach einer sofortigen Angleichung ihrer Bezahlung an die der Realschullehrer zurückgewiesen. Schreier verwies allerdings auf die Ankündigung von Ministerpräsident Peter Müller (CDU), den Hauptschullehrern eine monatliche pensionswirksame Zulage von 200 Euro zu gewähren. Dies mache die Hälfte der bisherigen Besoldungsdifferenz aus.

Die Zulage solle ab dem 1. Januar für die dann mindestens 60-Jährigen, ab 1. Oktober 2008 für die dann 58-Jährigen und ab 1. Oktober 2009 für alle Lehrkräfte gewährt werden, die mindestens fünf Jahre im Dienst sind. Zur Finanzierung sollen die A-13-Eingangsbüchle neu eingestellter

Real- und Sonderschullehrer fünf Jahre lang „moderat“ geringer ausfallen. Zugleich sollen sich künftig aber alle Lehrer auf neue Stellen zur Lehrerausbildung bewerben können, wie es sie bisher nur am Gymnasium gebe.

SPD-Fraktionsvize Cornelia Hoffmann-Bethscheider nannte die Ankündigung von Müller einen „kleinen Schritt in die richtige Richtung“, kritisierte aber wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) den Plan, dies durch eine befristete Verringerung der Bezahlung von neu eingestellten Real- und Sonderschullehrern zu finanzieren. Sie forderte zudem wie die Chefs von Grünen und FDP, Hubert Ulrich und Christoph Hartmann, eine sofortige Angleichung der Bezahlung der Hauptschullehrer an die der Realschullehrer. *nof*

Zweckverband will Verwaltung übers Internet ausbauen

Saarbrücken. Die elektronische Verwaltung im Land, das so genannte E-Government, soll in den kommenden Jahren ausgebaut werden. Das hat der Vorsitzende des Zweckverbandes „eGo-Saar“, Marpingens Bürgermeister Werner Laub, gestern bei einer Bestandsaufnahme des Verbandes erklärt. Im „eGo-Saar“ sind unter anderem die saarländischen Gemeinden, Landkreise, Städte- und Gemeindegänge sowie der Landkreistag organisiert.

Der 2004 gegründete Verband arbeitet an einer Vernetzung mit dem Ziel, die Arbeit für die Verwaltungen zu vereinfachen und Bürgern zum Beispiel Behörden-gänge zu ersparen, indem Formulare online über ein Internet-Portal ausgefüllt werden können, so Laub. Derzeit werde etwa daran gearbeitet, dass Geburtsurkunden bei Standesämtern übers Internet beantragt werden können, sagte Verbands-Geschäftsführer Wilhelm Schmitt.

Ein Vorteil des Zweckverbandes sei, dass die Kosten von allen Gemeinden, Kreisen und weiteren Mitgliedern getragen würden, so Schmitt. Der Vorsitzende Laub ergänzte: „So können wir Dinge anbieten, die wir uns eigentlich gar nicht leisten können.“ Er verwies auf ein elektronisches Ausschreibungssystem für kommunale Aufträge, das noch weiter ausgebaut werden soll und mit dem die Gemeinde Marpingen bereits gute Erfahrungen gemacht habe. *pg*

Im Internet:
www.ego-saar.de

Die Angst vorm Fliegen und den Mücken

Leicht hat er es nicht, der neue Wirtschafts- und Wissenschaftsminister des Saarlandes, Joachim Rippel (57). Denn er fliegt nicht sehr gerne, bei weitem nicht so gerne wie sein Vorgänger Hanspeter Georgi (65). Deshalb wird sich bei ihm auch einiges ändern, zum Beispiel bei der Handhabung von Kontakten und Terminen.

Was er aber nicht ändern kann, wohl auch gar nicht will, das sind die beiden nächsten größeren Flugreisen, die jetzt schon auf dem Programm stehen. So macht sich Rippel am

Sonntag, 4. November, auf in Richtung Istanbul, zum ersten Einsatz in Sachen Außenwirtschaft. Mit an Bord sind dann auch 20 saarländische Unternehmer.

Die nächste größere Reise führt den früheren Homburger Oberbürgermeister im kommenden Frühjahr, voraussichtlich im März, nach Südamerika. Um das Saarland und die Großregion lateinamerikanischen Geschäftspartnern näher zu bringen, stehen die beiden ökonomisch interes-

Landtagsküche



Gerhard Franz

santen Staaten Brasilien und Argentinien auf dem Reise-Programm.

Keine Angst vorm Fliegen, aber vor den Mücken hat der FDP-Landtagsabgeordnete Karl-Josef Jochem (55), vor allem vor den

aggressiven Exemplaren der Culex-obsoletus-Gruppe. Denn diese Tierchen verbreiten die Blauzungenkrankheit, die im Saarland in den letzten Monaten viel stärker um sich gegriffen hat, als es zunächst erwartet

worden war. Auch Jochems Bestand an Skudden, einer altdeutschen Schafrasse, wurde durch die aus Afrika eingeschleppte Krankheit arg in Mitleidenschaft gezogen.

Jochem sagt denn auch: „Die Veterinäre haben diese Krankheit vollkommen unterschätzt.“ Jetzt wäre es notwendig, einen geeigneten Impfstoff einzusetzen. Nach dem Durchzug der Krankheit hat Jochem noch sechs Zuchttiere; eines überstand die Krankheit nicht. Aber Zuchtbock Kasimir sei jetzt „wieder fit“, heißt es.